

Braucht es die NATO noch?

Autor(en): **Forster, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **78 (2003)**

Heft 4

PDF erstellt am: **27.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-714784>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Braucht es die NATO noch?

Eindrücke von einem CIOR-Seminar in Walberberg (Deutschland)

Im Februar 2003 führte die **Confédération Interalliée des Officiers de Réserve (CIOR)** in Walberberg zwischen Köln und Bonn ein Seminar zur Rolle und Stellung der NATO seit dem 11. September 2001 durch.

Unter der Leitung von Oberst i Gst Niklas v. Witzendorff (Deutschland) und Oberst Stephen T. Cochrane (USA) nahmen ins-

Von Oberst Peter Forster, Kdt Info Rgt, Salenstein

gesamt 48 Offiziere an der Veranstaltung teil, die den Untertitel trug: «Neugliederung des transatlantischen Bündnisses?» Die Teilnehmer stammten mehrheitlich aus NATO-Mitgliedstaaten; aber auch den Nationen, die mit dem Nordatlantikpakt in der «Partnerschaft für den Frieden» verbunden sind, stand der Anlass in der Tagungsstätte Walberberg, einem Dominikaner-Kloster, offen.

Erfolgreiches Bündnis

Das einleitende Referat hielt Michael Rühle, der Chef der Sektion für politische Planung im NATO-Hauptquartier in Brüssel. Rühle erinnerte an die dreifache Rolle, die



Einen schweren Stand hatte in Bonn Oberst i Gst Uwe Hartmann.

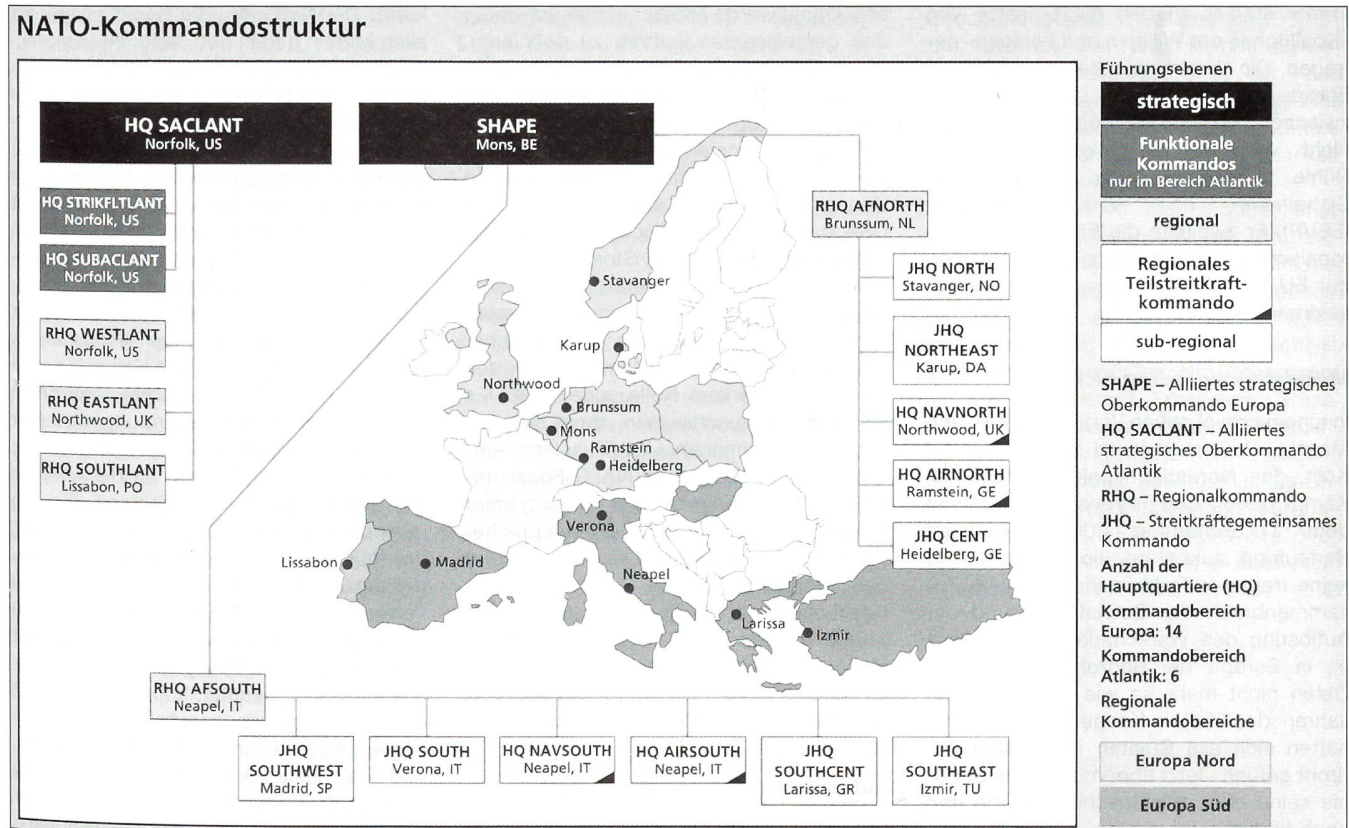
das Bündnis von seiner Gründung im Jahr 1949 bis zum Ende des Kalten Krieges an der Zeitenwende von 1989/91 gespielt hatte: «Burschikos ausgedrückt, hatte der Nordatlantikpakt im freien Europa drei Aufgaben: Keep the Americans in, the Russians out and the Germans down.» Die Vereinigten Staaten hätten ihre Verantwortung als Hegemonialmacht von Anfang an wahr-

genommen und wesentlich dazu beigetragen, dass die NATO den Kalten Krieg gewann.

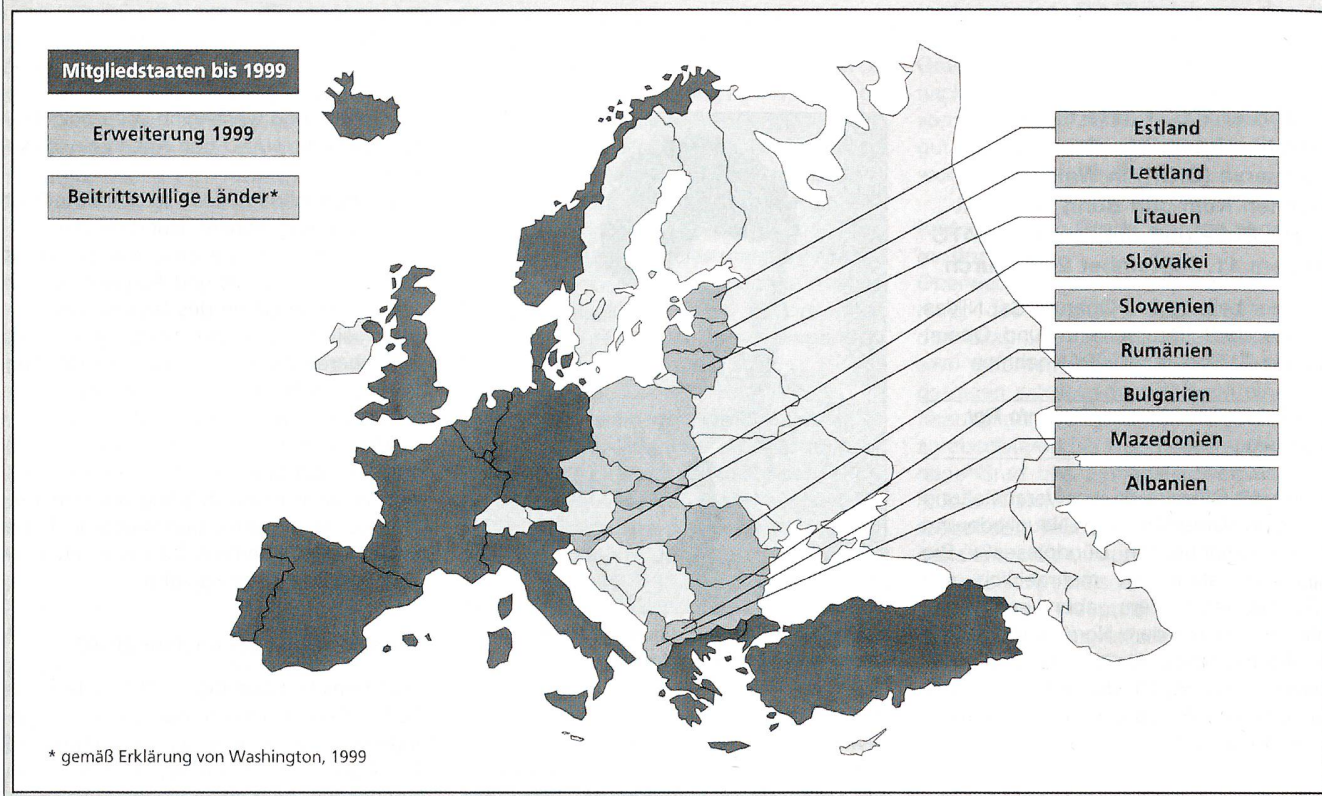
Rühle bezeichnete den Nordatlantik-Pakt als das erfolgreichste Bündnis der Geschichte. Seit der Zeitenwende suche es indessen seine Rolle und Aufgabe neu. In den Neunzigerjahren des letzten Jahrhunderts sei es vor allem darum gegangen, «im früheren Ostblock und auf dem Balkan die Überreste des Kalten Krieges aufzuräumen». Dieses «Aufwischen» sei verbunden gewesen mit der Diskussion um Einsätze «out of area»: um neuartige Operationen ausserhalb des eng umschriebenen Bündnisgebietes. Dies wiederum habe zu den Engagements in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo geführt.

Rund 30 Mitglieder im Jahr 2009?

Nach dem 11. September 2001 hätten sich die Mitgliedstaaten mit den damals angegriffenen USA solidarisiert. Allerdings sei die Operation «Enduring Freedom» in Afghanistan kein eigentlicher NATO-Einsatz gewesen. Als bedeutsam strich Rühle die Ost-Erweiterung des Bündnisses hervor, die in einem ersten Schritt 1999 den Beitritt von Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik brachte.



Nato-Mitgliedstaaten (ohne USA/Kanada) und beitrittswillige Länder*



Zur Zukunft des Paktes wagte Rühle die Prognose, das Bündnis werde im Jahr 2009 statt der jetzt 19 rund 30 Mitglieder umfassen. Die Entscheidungsfindung werde sich dann noch schwieriger gestalten. Immer stärker würden die Einsätze von «Koalitionen der Willigen und Fähigen» getragen. Die Vereinigten Staaten würden in Europa präsent bleiben. Die Asymmetrie zwischen den USA und Europa werde aber nicht verschwinden. Skepsis äusserte Rühle gegenüber der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Er zweifelte die Fähigkeit der europäischen Mächte an, sich im Rahmen der EU zu einer gemeinsamen Politik zusammenzufinden.

Militärstruktur lockert sich

In einem provokativen Vortrag stellte Carlo Masala, Privatdozent an der Universität Köln, den Nordatlantikkpakt in Frage. Im Kampf gegen den Terrorismus, dem seit dem 11. September 2001 vorrangige Bedeutung zukomme, spiele die NATO keine tragende Rolle mehr. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Auflösung des Warschauer Paktes gebe es in Europa die Bedrohung aus dem Osten nicht mehr so wie in den langen Jahren des Kalten Krieges. Bis 1989/91 hätten sich alle Staaten im Westen bedroht gefühlt. Jetzt aber müsse das Bündnis seine neue militärische Aufgabe erst noch finden.

Mit der ersten Erweiterung sei der NATO-Pakt grösser geworden, und bald werde er nach der Aufnahme von Bulgarien, Rumänien, Slowenien, der Slowakei und der drei baltischen Staaten 26 Mitglieder umfassen. Damit werde es aber immer schwerer, den gemeinsamen Auftrag zu definieren. Die NATO müsse aufpassen, nicht zum politischen Debattierklub zu werden. Der Aufsehen erregende Brief der acht Nationen Grossbritannien, Dänemark, Portugal, Spanien, Italien, Polen, Tschechien und Ungarn zu Gunsten der Irak-Politik der USA habe der Europäischen Sicherheitspolitik einen ernsthaften Stoss versetzt. Wieder wachsende Bedeutung misst Masala Russland bei. Die Vereinigten Staaten hätten Russland nach dem 11. September 2001 im gemeinsamen Kampf gegen den Terror eine stärkere Rolle zugeordnet. Es sei nicht auszuschliessen, dass sich ein neues Condominium USA/Russland entwickle. Dank des neuen NATO-Russland-Rates verfüge die russische Führung unter Präsident Putin jetzt über ein Mitspracherecht. Auch Masala kann sich die Zukunft des Nordatlantikkpakts in wechselnden Koalitionen der Willigen vorstellen. Die Stärke der alten NATO sei ihre integrierte Militärstruktur (ohne Frankreich) gewesen; es sei aber nicht mehr zu übersehen, dass sich diese Struktur längst gelockert habe.

Aufruf zum gemeinsamen Kampf

Botschaftsrat Tom Wolfson, Chef der Poli-

tischen Sektion an der amerikanischen Botschaft in Berlin, widersprach dem Vordredner Masala heftig. Die NATO sei und bleibe ein erfolgreiches Bündnis. Sie habe eine politische und eine militärische Zukunft. Die Nationen, die bereit seien, mit allen Mitteln gegen den Terror zu kämpfen, müssten jetzt zusammenstehen. Die Urheber der verbrecherischen Anschläge auf New York und Washington, auf den Nachtclub in Bali, die Busse in Jerusalem, das Theater in Moskau und die Synagoge in Tunesien müssten gemeinsam gestellt und zur Rechenschaft gezogen werden. Nationen, die ihre Nachbarn mit atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen bedrohten, seien ein für alle Mal zu entwaffnen. Der Nordatlantikkpakt habe die Prüfung des Kalten Krieges bestanden; auch im 21. Jahrhundert seien die transatlantischen Verbindungen stärker als vorübergehende Spannungen. Vorwürfe richtete Wolfson an die Adresse der Bundesrepublik Deutschland, die aus innenpolitischen Gründen den Zusammenhalt im Bündnis gefährde. Besonders Bundeskanzler Gerhard Schröder zerstöre das Vertrauen. Schon im Wahlkampf vor den Bundestagswahlen vom 22. September 2002 habe er die Festigkeit des Bündnisses aufs Spiel gesetzt. Von tragender Bedeutung seien die persönlichen Vertrauensverhältnisse unter den Regierenden, und da stelle Schröder das bewährte deutsch-amerikanische Fundament in Frage. Partnerschaft bedeute, die Probleme

gemeinsam zu erkennen, Lösungen zu erarbeiten und dann loyal miteinander durchzusetzen.

Gegenläufige Strömungen

In einem analytischen Referat arbeitete Werner Link, Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Köln, gegenläufige Strömungen heraus. Die Hegemonie der Vereinigten Staaten stehe dem europäischen Wunsch nach Gleichberechtigung entgegen. Ebenso gefährde das wieder erwachende Streben Russlands nach einer Vormachtstellung die Idee der Partnerschaft. Auch wirtschaftlich suchten die USA die Vorherrschaft, was wiederum dem Wunsch nach freiem Handel und ökonomischem Gleichgewicht widerspreche. Nur reiche Länder mit wirtschaftlicher Kraft könnten eine Führungsrolle ausüben. Die «geführten» Staaten aber müssten Gefolgschaft leisten – aus innerer Überzeugung, nicht unter Zwang. So gesehen, herrsche im transatlantischen Verhältnis keine echte Partnerschaft: «Es gibt keinen europäischen Partner, Europa hat keine Telefonnummer.» Zum 11. September 2001 zitierte Link den Hemingway-Buchtitel: «For Whom the Bell Tolls», «Wem die Stunde schlägt». An jenem denkwürdigen Tag habe für die USA und für Europa die Stunde geschlagen. In der Bekämpfung des Terrors spiele die NATO keine eigenständige Rolle mehr – und die Vereinigten Staaten benutzten die Gelegenheit, ihre Vormachtstellung auszudehnen, notfalls auch «in Stiefeln». Wenn das Bündnis als Ganzes nicht im Sinne Washingtons funktioniere, dann greife Amerika zu bilateralen Absprachen mit einzelnen Verbündeten.

«Altes» und «neues» Europa

Die Krise in der NATO rühre daher, dass nicht mehr alle europäischen Mitglieder den amerikanischen Führungsanspruch vorbehaltlos akzeptierten. Im Kalten Krieg habe Deutschland im Zweifel stets mit den USA gestimmt. 1989/90 hätten die Vereinigten Staaten die deutsche Wiedervereinigung durchgesetzt – anfänglich gegen den Widerstand von Frankreich und Grossbritannien. Im Balkan sei Deutschland den USA loyal gefolgt. Jetzt aber sei der Bruch eingetreten, und er werde Folgen haben. Link unterschied das «alte» Europa mit Deutschland, Frankreich und Belgien vom «neuen» Europa, das Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Slowenien, Bulgarien, Rumänien und das Baltikum umfasse. Dieses neue Europa vertraue den Vereinigten Staaten und suche Schutz bei Amerika. Zum neuen Europa gehörten aber auch die alten Nationen Grossbritannien, Spanien und Italien. Dem deutschen Bundeskanzler Schröder warf Link vor, er habe sich im Wahlkampf 2002 zu früh festgelegt und damit jegliche Handlungsfreiheit verloren.

Pessimistische Prognose

Zur Zukunft äusserte sich Link pessimistisch. Die Ost-Erweiterung mache die NATO eher noch disparater. Immer mehr beruhe der amerikanische Anspruch auf Zwang, nicht auf Überzeugung. Europa unterschätze die Gefahren des Terrors; die USA aber hätten diese am 11. September 2001 schrecklich erfahren. Frankreich und Deutschland träumten von einem starken Europa – Grossbritannien und Amerika wollten das aber verhindern. Die alte NATO habe ihre «raison d'être» verloren und die neue noch nicht gefunden. Von Generälen sage man, sie würden nicht sterben, sondern nur «verschwinden». Vielleicht gelte das eines Tages auch für die atlantische Partnerschaft.

Bruch mit der Tradition

Lothar Rühl, der frühere Staatssekretär im deutschen Verteidigungsministerium, erinnerte an Konrad Adenauer, der zwei Partnerschaften gepflegt habe: Über die NATO habe er eng mit den Vereinigten Staaten und Grossbritannien zusammengearbeitet, und dank der Aussöhnung mit General de Gaulle sei die französisch-deutsche Freundschaft entstanden. Frankreich habe sich dann aus der militärischen Struktur des Bündnisses gelöst, aber damals hätten Grossbritannien, Italien, Spanien und Deutschland mit de Gaulle nicht mitgezogen. Auch die Regierungen Erhard, Kiesinger, Brandt, Schmidt und Kohl hätten gleichzeitig die atlantische Einbindung und das Nahverhältnis zu Frankreich gepflegt. Es sei Gerhard Schröder vorbehalten geblieben, das langjährige Bündnis zwischen den USA und Deutschland zu erschüttern.

Polen vertraut Amerika

Der polnische Oberst Eugeniusz Janula, früher Stabschef der Spezial- und Kommandotruppen (Spezmas), legte ein glühendes Bekenntnis zur Freundschaft seines Landes mit den Vereinigten Staaten ab. Schon Friedrich der Grosse und die Zarin Katharina II. hätten Polen geteilt. Hitler und Stalin hätten Polen zerstört, und Ulbricht und Chruschtschow seien sich in ihrer Politik einig gewesen, Polen müsse wirtschaftlich niedergehalten werden. Der einzige wahre Freund für die Staaten im «neuen» Europa sei Amerika. Polen gehöre zur NATO, Vertrauen könne es aber nur den USA. Nicht wegen Frankreich und Deutschland sei Polen dem Bündnis beigetreten, sondern allein wegen dem Schutz, den die Vereinigten Staaten gewährleisten.

Deutscher Beitrag – trotz allem

Einen eindrücklichen Höhepunkt des Seminars bildete der Besuch im deutschen

Verteidigungsministerium auf der Harthöhe in Bonn. Gastgeber war Brigadegeneral Winfried Gräber. Einen schweren Stand hatte der Generalstabsoberstleutnant Uwe Hartmann, der gegenüber den zahlreichen amerikanischen Offizieren die deutsche Politik zu vertreten hatte. Es gelang dem Sprecher, die deutschen Beiträge an die SFOR (Bosnien-Herzegowina), die KFOR (Kosovo), die Operation «Allied Harmony» (Mazedonien) und die ISAF (Afghanistan) gebührend hervorzuheben. Bei der Operation «Enduring Freedom» im Gefolge des 11. Septembers 2001 habe die Bundeswehr in den Bereichen Lufttransport, Sondereinsatzkräfte, Marine und ABC-Abwehr Einsätze geleistet. In Kabul diene Deutschland zusammen mit den Niederlanden in der ISAF als Führungsnation.

Zur NATO-Erweiterung führte Hartmann aus, nach deutscher Meinung müsse das Bündnis in Zukunft auch Balkanstaaten wie zum Beispiel Kroatien oder Mazedonien offen stehen. Eindeutig bekannte sich der Sprecher der Bundeswehr zudem zur «Partnerschaft für den Frieden». Diese müsse trotz der wachsenden Zahl von Vollmitgliedern für Staaten, die dem Pakt nicht beitreten wollten oder könnten, attraktiv bleiben.

Zweifel und Skepsis

Das CIOR-Seminar in Walberberg und Bonn gab mitten in der Belastungsprobe, der die NATO gegenwärtig ausgesetzt ist, Einblick in die Situation des Bündnisses. Unbestritten kam die führende Rolle des Nordatlantikpaktes in der Zeit vor 1989/91 zum Ausdruck. Der NATO kommt ein wesentliches Verdienst zu, dass der Kalte Krieg den positiven Ausgang nahm. Was die Rolle des Bündnisses seit der Zeitenwende betrifft, vermittelte das Seminar keine scharf geschnittenen Antworten.

Einerseits wurde in fast prophetischen Worten hervorgehoben, wie sehr die Staaten im Osten von Europa die Vereinigten Staaten als Hegemonialmacht brauchen, wie innig sie auf den amerikanischen Schutz vertrauen. Andererseits war nicht zu überhören, wie gespalten alte Trägernationen wie Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Spanien und Italien untereinander sind. Im Ungleichgewicht zwischen den USA und Europa, aber auch in der Uneinigkeit unter den führenden europäischen Nationen hat die NATO ihre neue Rolle, eine neue «raison d'être» noch nicht gefunden. ■